

BürgerInnenbrief **Mitte**

26. Oktober 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Grün war die Hoffnung +++ Wilhelmsburg +++ Verkehr +++ Recht auf Stadt +++ Blaues Wunder

Mein Einsatz im Finanz-Casino



Nonnenmacher: »Keine rechtlich relevanten Pflichtverstöße?«

Meine größte politische Herausforderung ist zur Zeit die HSH Nordbank und der dazu gehörige Parlamentarische Untersuchungsausschuss. Ich sitze etliche Stunden pro Woche unter Aufsicht in einem unwirtlichen Büro und studiere Akten. Meine Aufsicht passt auf, dass ich mit den Geschäftsunterlagen nichts Ungehöriges anstelle. Aber auch meine Äußerungen zur Bank und zu ihrem Führungspersonal werden kritisch beäugt – weil ich über das Gelesene Stillschweigen zu bewahren habe. Allein wenn demnächst die Zeugenbefragung im Ausschuss einsetzt, darf ich meine Erkenntnisse oder Vermutungen aus den Akten ausplaudern. Zur Zeit stehen ca. 150 Aktenordner über die HSH Nordbank bereit. Demnächst werden noch etliche 100 dazu kommen – von der Bank selbst, der Bankaufsicht etc. Neben dem verschwiegenen Geschäft

des Aktenstudiums läuft die mediale Debatte. Die HSH Nordbank kommt nicht zur Ruhe. Nachdem der Aufsichtsrat dem Vorstandsvorsitzenden Dirk Jens Nonnenmacher das Vertrauen ausgesprochen hat, ist offen, ob alle amtierenden Vorstände die Aufarbeitung der aktuellen Krise überstehen. Die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer hatte auf Drängen von Aufsichtsratschef Hilmar Kopper einen Zwischenstand ihrer Prüfungen geliefert. Dabei entlasteten die Prüfer Nonnenmacher. Zu welchem Ergebnis die Kanzlei für die übrigen Vorstände kommt, ist bislang offen. Auch in Bezug auf Nonnenmacher kamen die Prüfer lediglich zu dem Ergebnis, dass keine rechtlich relevanten Pflichtverstöße festzustellen sind.

Worum geht es? Im Mittelpunkt stehen Kreditsatzgeschäfte aus dem Jahr 2007 mit den wohlklingenden Namen

»Poseidon«, »Carrera« und »Omega«. Omega – es handelt sich um zwei Vorgänge – sind wie Poseidon und Carrera Zweckgesellschaften, wie sie von vielen Banken im Vorfeld der Finanzkrise angelegt wurden. In diesen aus den Bankbilanzen ausgelagerten Gesellschaften wurden Wertpapiere gehalten und gehandelt, die auf Immobilien- und Hypothekenkredite zurückgingen, oder auch Staatsanleihen (Island, Irland etc.). Der Vorteil der Auslagerung in Zweckgesellschaften bestand für die Banken darin, dass diese außerhalb der Bankbilanz geführt werden können, diese tauchen also bewusst und vorsätzlich in den eigenen Bilanzen gar nicht auf.

Auch die HSH Nordbank wurde im Sommer 2007 von der von den USA ausgehenden Suprime-Krise erfasst. Das von Wertberichtigungen bedrohte Investment bezifferte der damalige HSH-Vorstandsvorsitzende Berger auf ca. 1,4 Mrd. Euro. Die reale Größenordnung lag wohl eher bei über 8 Mrd. Euro. Die Bank nahm unter dem Druck der Krise Mitte 2007 die selbst betriebenen Zweckgesellschaften in die Bücher zurück und geriet wegen erhöhter Abschreibungen und Risikovorsorge mit der eigenen Liquidität unter Druck. Mit Blick auf Ende 2007 drückten immer noch 4,4 Mrd. Euro auf die Bilanz. Man hätte weitere Verluste ausweisen müssen und es war zu befürchten, dass die BaFin den Geschäftsbetrieb kritisch bewertet hätte.

Die Omega-Geschäfte dienten der Auslagerung dieser toxischen Papiere und der Reduktion der Risikovorsorge. Jenseits möglicher Pflichtverstöße gilt inzwischen als sicher, dass im Herbst 2007 sechs Vorstände – darunter auch Nonnenmacher – mit dem umstrittenen Omega-55-Geschäft befasst waren und die damit verbundenen Transaktionen mindestens zur Kenntnis nahmen. Damals hatte die HSH Immobilienpapiere an die französische Bank BNP Paribas veräußert. Im Gegenzug hat die Landesbank Risikopapiere besichert, die BNP an die Zweckgesellschaft Omega Capital Funding in Dublin übertrug.

Entwickelt wurde das Geschäft in der Londoner HSH-Niederlassung, eine erste Risikoprüfung dort endete am 14. Dezember 2007. Nach Eingang der Omega-55-Unterlagen in Deutschland hatte man es dann offenbar sehr eilig. Das hausinterne Risikomanagement beklagte sich in seiner Vorstandsvorlage vom 17. Dezember, dass das Zeitfenster für die Prüfung »unangemessen kurz« gewesen sei. Gleichwohl schrieben die zwei Prüfer: »Wir erachten die mit der Transaktion verbundenen Risiken als akzeptabel und unterstützen deshalb die Transaktion.«

Noch am selben Tag unterzeichneten die Vorstände Rieck und Strauß das Papier. Aus Riecks Ressort stammten die zu veräußernden Immobilienpapiere, die Prüfer unterstanden dem damaligen Risiko-Ressortleiter Strauß. Nonnenmacher und drei weitere Vorstände quittierten diese Vorlage. Die Transaktion wurde damals als »Befreiungsschlag« gefeiert. Was aber offenbar gegenüber der Finanzaufsicht unterschlagen wurde: Die HSH übernahm Risiken anderer Banken und steckte sie in außerbilanzielle Zweckgesellschaften. Ein fragwürdiges Geschäft oder eine Kreislaufoperation, sagen selbst Wohlmeinende. Die toxischen Papiere verschwanden aus der

Bilanz – im Jahr 2008 mussten dann 2,7 Mrd. Euro Verlust verbucht werden, zu einem gewichtigen Teil aus diesen Geschäften. Die Steuerzahler standen für die Verluste gerade – 2008 und 2009 mussten letztlich fünf Mrd. Euro Cash und zehn Mrd. Euro Bürgschaften durch die öffentliche Hand bereit gestellt werden, um den Konkurs abzuwenden.

Bei den Omega-Geschäften ist es mit Sicherheit nicht nach den üblichen banken- und bilanzrechtlichen Vorschriften zugegangen. Dies wundert in diesem Lande niemand, weil es seit Jahren üblich war, solche Kapitaltransaktionen von Standorten wie Luxemburg, London oder gar den Cayman-Inseln aus zu betreiben. Dort konnte das Kapital ohne lästige Vorschriften und Kontrollen agieren. Dem Aufsichtsrat – und damit den politischen Führungsfiguren aus Hamburg und Schleswig-Holstein – war die Existenz dieser Portefeuilles dem Grunde nach bekannt.

Der jetzige Vorstandschef Nonnenmacher trägt wie die anderen damals agierenden Vorstände die Verantwortung für die Geschäfte und deren Verschleierung. Auch die Aufsichtsräte waren in diese Geschäftspolitik voll eingebunden.

Der seit wenigen Monaten amtierende Aufsichtsratsvorsitzende Kopper bestätigt in der Auseinandersetzung um die Kreditsatzgeschäfte Omega, dass die bis zum Jahr 2008 gegebenen Risikomanagement- und Kontrollsysteme der Bank nicht ausreichend und angemessen waren. Dies ist im Übrigen längst das Ergebnis einer Sonderprüfung der letzten Geschäftsjahre im Auftrag des Aufsichtsrates und der Bankaufsicht BaFin.

Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank hatte zudem bei der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer eine weitere Untersuchung in Auftrag gegeben. Diese will zum Ende Oktober 2009 einen Zwischenbericht vorlegen. Basis dafür ist der Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die im Jahresabschluss 2008 mehr als 300 Einzelpunkte bemängelte. Die Sozietät FBD ist eine der führenden deutschen Kanzleien für Wirtschaftsrecht, international tätig und vernetzt, mit Niederlassungen im In- und Ausland. Die HSH Nordbank ist seit Jahren ein wichtiger Mandant für FBD – so wichtig, dass die Kanzlei diese Mandate immer wieder zum Gegenstand detaillierter Pressemitteilungen gemacht hat. Mit anderen Worten: Die Bank beauftragt eine gute Kundin, Verfehlungen zu untersuchen. Was sind eine Unbedenklichkeits- und eine darauf beruhende Vertrauenserklärung wert, die unter solchen Umständen zustande gekommen sind? Eine von vielen offenen Fragen. In einem anderen Bundesland sagt man dazu, »das hat ein Gschmäcke«.

Fakt ist bereits heute: Es gab ein unzureichendes Risikomanagement, das in der Konsequenz zu massiven Abschreibungen und Wertverlusten auf Seiten der Bank führte. Der jetzige Vorstandsvorsitzende Nonnenmacher ist am 1.10. 2007 als Finanzvorstand bei der HSH Nordbank angestellt worden. Seither sind die unzureichenden Management- und Kontrollsysteme im Wettlauf mit der sich permanent verschärfenden Immobilien- und Finanzmarktkrise überarbeitet worden. Ob Herrn Nonnenmacher eine persönlich zurechenbare Entscheidung in einem Wertpapiergeschäft angelastet

werden kann, wird in den weitergehenden Untersuchungen geklärt werden.

Skandalös ist, dass die führenden Personen des Aufsichtsrates Peiner, Wiegard, Freytag u.a. überhaupt keine Verantwortung für die bestehende Unordnung und faktischen Rechtsverstöße in der HSH Nordbank während der Geschäftsjahre 2007ff. übernehmen. Ein Finanzminister oder -senator, der das Vermögen der Stadt Hamburg oder des Landes Schleswig-Holstein zu verwalten hat, hätte informiert sein können über die unzureichende Praxis in der Bank.

Völlig unakzeptabel ist zudem, dass Herr Nonnenmacher im November 2008 zum Vorstandschef ernannt wurde und – entgegen allen Beschlüssen der Parlamente und den Rahmenbedingungen der Bankenrettungsanstalt SoFFin – mit einem Sonderbonus von 2,9 Mio. Euro dafür belohnt worden ist. Über die Zulässigkeit dieser Bonuszahlung läuft bekanntlich

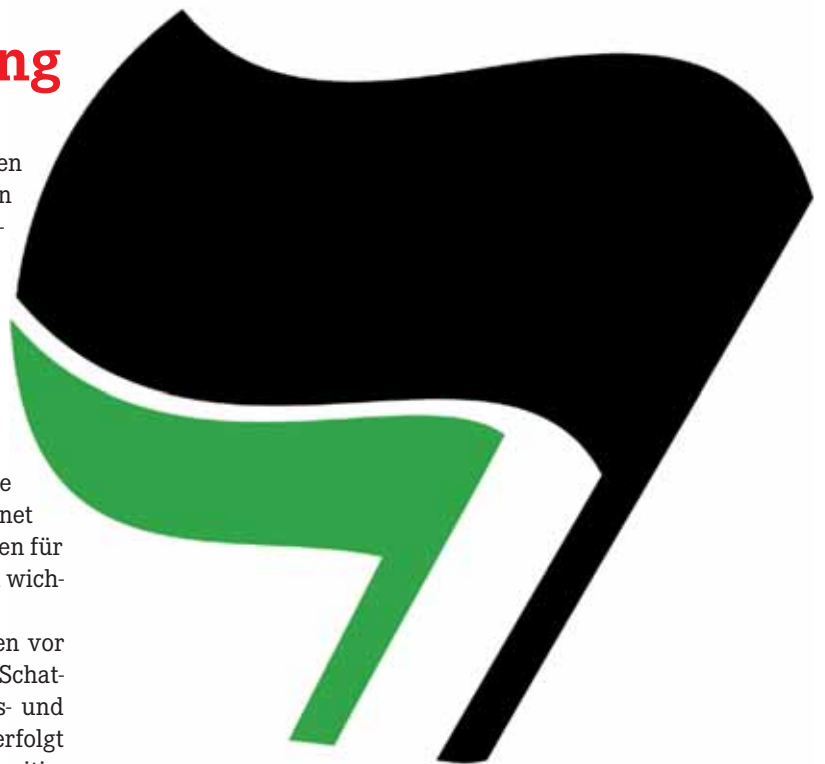
noch eine Untersuchung im Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft.

Der neue Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper – ja wohl, jener ehemalige Deutsche-Bank-Banker, der für das Unwort des Jahres 1994 sorgte, weil er in einer Pressekonferenz die den von Immobilien-Pleitier Jürgen Schneider engagierten Handwerkerern entstandene Schadenssumme in Höhe von ca. 50 Millionen DM als »Peanuts« bezeichnete – hat bislang auch wenig Profil in der Durchsetzung einer neuen Risikokultur und der Beseitigung der Mängel im Risikomanagement und bankinternen Kontrollverfahren erkennen lassen. Seine Ankündigung, neue Bonifikationsmodelle einzuführen, die deutlich über der von den Landtagen gesetzten Höchstgrenze liegen, lässt keine Bereitschaft erkennen, zu einer durchgreifenden Erneuerung der Geschäftsabläufe beizutragen.

Grün war die Hoffnung

Für Hamburger ist die jüngste Entwicklung der Grünen nicht ganz überraschend. Senatorin Anja Hajduk von der GAL hat ihre Partei zu mehr Offenheit in Koalitionsfragen aufgerufen: »Grüne Inhalte kann man in vielen Konstellationen umsetzen.« Die Grünen müssten aufhören, in Lagern zu denken, dürften sich nicht selbst beschränken, sondern sollten offen sein. So gebe es auch bei der CDU im Bund Kollegen, »die bei grünen Themen aufgeschlossen sind«. Diesen Gesprächsfaden müsse man pflegen, forderte sie. In Hamburg sei die CDU »äußerst verlässlich«, sagte Hajduk mit Blick auf die schwarz-grüne Koalition in der Hansestadt. Ausgerechnet jetzt, wo die Bürgerlichen die Verlängerung der Laufzeiten für AKW im Regierungsprogramm festschreiben, plädieren wichtige PolitikerInnen für entsprechende Koalitionen.

Ähnlich wie die Sozialdemokraten stehen die Grünen vor einer Grundsatzdiskussion. Die Partei stand bisher im Schatten der SPD und der Linkspartei, deren Annäherungs- und Abgrenzungsgespräche von den Medien aufmerksam verfolgt werden. Will man sich weiterhin fest im linken Lager positionieren, oder wagt man den Gang zur Mitte, hin zur CDU und zu den Liberalen? Die Chefs der grünen Landtagsfraktionen jedenfalls möchten, dass die Partei vom althergebrachten Lagerdenken Abstand nimmt. Mehrere Landespolitiker fordern, die Grünen müssten für verschiedene Koalitionen offen sein. Der Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Volker Ratzmann, warb für weitere Jamaika-Koalitionen. »Wir haben in den nächsten zwei Jahren sieben Landtagswahlen zu bestreiten.« Das sei eine riesige Chance, »die Regierungsbeteiligungen dort zu suchen, wo sie möglich sind«. Als Hauptanliegen nannte Ratzmann dabei den Klimawandel: »Deswegen ist es auch wichtig, alle Optionen zu ergreifen.« Er lobte ausdrücklich das Vorgehen des saarländischen Grünen-Chefs Hubert Ulrich, eine Jamaika-Koalition unter Führung von CDU-Ministerpräsident Peter Müller einzugehen.



Von der Linkspartei ist der Schwenk der saarländischen Grünen mit Verwunderung wahrgenommen worden. Gewertet wird er überwiegend als Misstrauensvotum gegen Oskar Lafontaine. So überraschend ist die Wende im Saarland und die Öffnungsdebatte insgesamt nicht. Die Grünen sind nun einmal auch die Partei der Mitglieder mit dem höchsten Einkommen und dem besten Bildungsniveau, sie ähneln damit soziologisch auffallend den Liberalen, und die Zahl derer, die überzeugt sind, dass grüne Politik immer und zwingend auch links sein muss, nimmt langsam, aber stetig ab.

In Hamburg funktioniert das schwarz-grüne Bündnis gut, ein weiteres ist somit nicht auszuschließen. Das »Abendblatt« kommentiert, in dem schwarz-grünen Bündnis sei das Bürgertum wiedervereintigt – hier die ordentlichen, hierarchisch denkenden Konservativen und dort die für zwei Generati-

onen nach links ausgebrochenen basisdemokratischen Bürgerkinder, die sich friedens- und umweltbewegt bei den Grünen zusammenfanden. Alle gut ausgebildet und gut betucht – nicht nur im übertragenen Sinne.

Die Wiedervereinigung des Bürgertums ist eine wichtige politische Option in Deutschland. Zudem drängen Teile der Wirtschaft auf eine Erweiterung der politischen Programmatik und Handlungsmöglichkeiten. Zum Beispiel der Neoliberale Thomas Straubhaar: Eine kluge Integrationspolitik könne eine gewaltige Chance für die Hansestadt darstellen. Der Chef des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) appelliert an den schwarz-grünen Senat, Hamburg zu einer Modellstadt in Sachen Integration zu machen. Zuwanderung bedeutet »ein Riesenpotenzial an jungen Menschen«, deren kulturelle Fertigkeiten in den kommenden Jahren auch für Unternehmen »unglaublich wichtig« würden. Dabei hat Hamburg Nachholbedarf: Eine Studie von HWWI und HypoVereinsbank kommt zum Ergebnis, dass Durchschnittseinkommen und Bildungsstand von Ausländern in der Hansestadt niedriger sind als in anderen Städten mit hohem Ausländeranteil.

Angesichts der Schwierigkeiten des traditionellen bürgerlichen Lagers, für seine Politik politische Mehrheiten zu fin-

den, richtet ein Teil seine Begehrlichkeiten auf die Grünen – und findet den erhofften Widerhall. Die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene in Hamburg befindet sich auf gutem Wege und die beteiligten Parteien zeigen bisher wenig Berührungsängste. In der politischen Praxis gibt es bisher nur wenig Reibereien. Voraussetzung für diese neue politische Konstellation war einerseits eine partielle Modernisierung der (Hamburger) CDU, insbesondere in Fragen der Integration des gewichtigen Teils der Menschen mit Migrationshintergrund, der Schulreform und der ökologischen Modernisierung. Umgekehrt haben die Grünen, von ihrer sozialen Basis schon seit langer Zeit eine Partei der Besserverdienenden, ihren Marsch in die »grüne Marktwirtschaft« konsequent fortgesetzt und zeigen sich heute entsprechend offen für »intelligente Formen der Privatisierung« und eine Politik der »Konsolidierung der Staatsfinanzen«. Dagegen spielen Fragen der sozialen Spaltung (Hartz IV, Mindestrente etc.) für ihre Politik eine eher untergeordnete Bedeutung. In der schwarz-grünen Koalition sind in einigen Politikfeldern neue Akzente gegenüber den vorangegangenen CDU-Regierungen gesetzt worden. Die Koalition mit der GAL ist für die CDU eine Chance zur Öffnung und Modernisierung.

Grüne Autobahnfreundin



Es kommt, wie es kommen musste: Die grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk entlarvt sich selbst als Autobahnfreundin auf Kosten der Wilhelmsburger Bevölkerung! Was ist geschehen? Seit Jahren engagieren sich die WilhelmsburgerInnen und ihre Initiativen gegen die so genannte Hafenuerspanne, die die A7 mit der A1 verbinden soll, aber mit einer hohen zusätzlichen Belastung der sowieso schon von Hafenerverkehr und Emissionen gebeutelten Elbinsel verbunden wäre. Auch wenn diese Planung nicht vom Tisch ist, hat sich der Senat zunächst einmal einem anderen Projekt verschrieben. Am 4. März 2009 verkündete Senatorin Hajduk, die Wilhelmsburger Reichsstraße an die einige Hundert Me-

ter entfernt gelegenen Bahngleise zu verlegen und daraus eine vierspurige Schnellstraße mit Seitenstreifen machen zu wollen, keine offizielle Autobahn, aber eben doch so, dass sie sich äußerlich in nichts von einer solchen unterscheidet. Dagegen laufen seitdem die WilhelmsburgerInnen Sturm; am 4. April erreichte der Protest mit der Mobilisierung von rund 1.000 Menschen auf einer Demonstration gegen den Autobahnwahn einen ersten Höhepunkt.

Der Druck war so massiv, dass sich die Stadtentwicklungsbehörde genötigt sah, am 15. Juni ein Beteiligungsverfahren zum Thema Gesamtverkehrsplanungen in Gang zu setzen. Seitens der VertreterInnen der Wilhelmsburger Initiativen war

klar, was Manuel Humburg (Sprecher der Zukunft Elbinsel e.V.) am 6. Juli noch einmal auf den Punkt brachte: »Keine Politik der vollendeten Tatsachen – Solange es keinen Kontrakt gibt, werden von der Stadt keine Tatsachen geschaffen.«

Um das Beteiligungsverfahren angemessen zu begleiten, demonstrierten seit dem 26. Juli an jedem Wochenende unter dem Motto »5 vor 12 im Hamburger Süden« mehrere Hundert WilhelmsburgerInnen vor allem gegen das Reichsstraßen-Projekt. Bei den phantasievollen Aktionen ging es aber zusätzlich auch um den durch den Straßenneubau gefährdeten Kinderbauernhof in Kirchdorf (am 23. August), die Verteidigung eines ebenfalls bedrohten Kleingartengeländes des Vereins Süderelbe e.V. (am 4. Oktober) und zuletzt um den Erhalt des Hochzeitseichenwaldes (am 17. Oktober, siehe unten).

Inzwischen ist die Katze aus dem Sack: Am 8. Oktober erklärte die Stadtentwicklungsbehörde, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße unter Einbeziehung von Bundesmitteln an die westliche Seite der vorhandenen Bahntrasse verlagert wird. Mit dieser Entscheidung während des noch laufenden Beteiligungsverfahrens schafft Senatorin Hajduk »einseitig Tatsachen und beendet faktisch den Dialog«, so die Stellungnahme der »Engagierten Wilhelmsburger«. In einem Schreiben mit gleichem Datum an die Mitglieder des Beteiligungsgremi-

ums führte Senatorin Hajduk aus, sie habe »stets deutlich gemacht, dass ich die Chance weiterer Weichenstellungen hin zu einer Verlegung – so sie sich parallel zum Beteiligungsverfahren bietet – nicht auslassen werde«. Diese kaum glaubliche Formulierung, die zu Recht auch als bodenlose Frechheit gewertet wurde, unterstreicht, dass es Frau Hajduk und damit auch der GAL zu keinem Zeitpunkt Ernst war mit der Bürgerbeteiligung. An ihre Stelle trat Ignoranz gegenüber Kritik und Wünschen der betroffenen Bevölkerung!

Die »Engagierten Wilhelmsburger« und andere Initiativen mobilisieren nun für eine **Großdemonstration am Samstag, den 31. Oktober, um 12 Uhr ab Kornweidenbrücke/Ausfahrt Wilhelmsburg-Süd**: »Keine Autobahn durch unsere Mitte!« Alle AutofahrerInnen sollten sich auf ein »HIGH NOON auf der Wilhelmsburger Reichsstraße« einstellen!

Senatorin Hajduk hat angekündigt, am Montag, den **9. November um 19 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg** ihr Versprechen und dessen Bruch erläutern zu wollen. Ich rufe alle LeserInnen dieses BürgerInnenbriefes auf, an der Demonstration wie auch an der Veranstaltung im Bürgerhaus teilzunehmen und dem Senat klar zu machen, dass so mit den BürgerInnen keinesfalls umgesprungen werden darf! Weitere Infos unter www.zukunftsplan-statt-autobahn.de.

Hochzeitsfeier Ecke Dratelnstraße/Mengestraße zur Rettung der Hochzeitseichen



Beginnend mit dem 23. Mai 1986 wird von den frisch getrauten Wilhelmsburger Brautpaaren an dieser Stelle eine Hochzeitseiche gepflanzt. In Fortführung dieser schönen Tradition und zur Rettung des Hochzeitseichenwaldes vor den Bedrohungen durch die Verkehrspläne einer grünen Senatorin haben Engagierte BürgerInnen am 17. Oktober 2009 eine stilvolle Hochzeitsfeier veranstaltet. Auch der Regen konnte der guten Stimmung nichts anhaben. Doch dann passiert das Unfassbare: Kettensägen heulen auf und stören die friedliche Feier. Die pastorale Ansprache und der Hochzeitsmarsch werden von ohrenbetäubendem Motorenlärm übertönt. Pietätlos und provokatorisch machen sich zwei Gestalten während der Hochzeitsfeier über die Jahrzehnte alten Eichen – Symbol für Liebe, Treue und Beständigkeit – her. Den glücklicherweise anwesenden Wilhelmsburger Polizeibeamten gelingt schnell die Identifikation der Baumfrevler.

Manuel Humburg, Zukunft Elbinsel e.V.

Verkehr in Bewegung – aber auch vernünftig?



Hamburger Stadt-Räder an Ausleihstation

In den letzten Wochen überschlägt sich die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) förmlich mit der Verkündung neuer verkehrspolitischer Maßnahmen. Es handelt sich um eine Melange von begrüßenswerten Initiativen einerseits und höchst fragwürdigen Vorhaben andererseits.

Fangen wir mit dem Projekt Stadt-Rad an, das nach 100 Tagen Inbetriebnahme mit inzwischen 68 Leihstationen von insgesamt 33.000 KundInnen in Anspruch genommen wurde. Das ist sicher ein gutes Ergebnis und ein neues Angebot, das mehr Menschen dazu veranlassen wird, sich mit dem Rad auf den Weg zu machen. Allerdings sollte die Neuerung nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Zustand der Fahrradwege in Hamburg seit vielen Jahren erbärmlich ist. Es wird noch immer zu wenig Geld für die Förderung des Radverkehrs ausgegeben, lediglich 10 Mio. Euro, während es z.B. in Kopenhagen 131 Mio. sind. Dort macht das Rad bereits 36% des Gesamtverkehrsaufkommens aus, in Hamburg sind es gerade mal 12%. Ich begrüße das Leihfahrradsystem, setze mich aber vor allem für die Generalüberholung der Radwege und Fahrradstreifen auf den Straßen ein. Laut Expertenberechnungen erspart jeder gefahrene Fahrradkilometer der Gesellschaft 30 Cent, während zu jedem Autokilometer 10 Cent zusätzliche Allgemeinkosten entstehen.

Die mehr auf FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen abgestimmte Veränderung der Ampelschaltung bei einem Teil der 1.713 Ampeln (davon 1.158 an Kreuzungen und 555 Fußgängerampeln) ist ebenso ein Schritt in die richtige Richtung wie die Verkürzung der durchschnittlichen Grün-Wartezeit für FußgängerInnen von 90 auf 80 Sekunden. Konsequenter wäre es allerdings gewesen, die »Bettelampeln« abzuschaffen, bei denen Fußgänger und Radfahrer auch an Kreuzungen Grünlicht anfordern müssen, um eine Straße überqueren zu können. An diese traut sich der Senat nicht heran.

Diesen positiven Aspekten steht vor allem die für den 1. Januar 2010 angekündigte Tarifierhöhung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) gegenüber. Nachdem bereits zum 1. Januar 2009 eine durchschnittliche Preisanhebung um 3,3 % vorgenommen worden war, sollen nun noch einmal 1,8% dazu kommen. Dies steht dem Ziel entgegen, mehr Menschen auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umsteigen zu lassen, der in Hamburg lediglich 18 % des Gesamtverkehrsaufkommens ausmacht. Begründet wird der neuerliche Griff in die Taschen mit Erhöhungen der Verbraucherpreise im Allgemeinen und gewachsenen Ausgaben für Diesel-, Strom- und Lohnkosten im Besonderen. Dem widerspricht, dass die Lebenshaltungskosten von September 2008 bis September 2009 um 0,3% zurückgegangen sind. Und eine »Verbesserung« des HVV-Angebots, die ebenfalls als Begründung für die Preissteigerungen angeführt wird, ist mir nicht aufgefallen.

Wo ist das Geld geblieben, das der HVV alleine durch die Zunahme der Fahrgäste von 535 Mio. (2003) auf 638,1 Mio. (2008) eingenommen hat, wo die Zuschüsse, die die Stadt zum ÖPNV beisteuert? Eine zentrale Antwort lautet jedenfalls (auch wenn sie so von den Verantwortlichen verschwiegen wird): Die Hochbahn geriert sich mit ihrer Tochtergesellschaft BeNex mehr und mehr als globaler Zocker im Verkehrswesen. Anfang des Jahres z.B. kaufte sie für viele Millionen das gesamte Netz der Donautalbahn auf. Dies aber nutzt den hiesigen ÖPNV-TeilnehmerInnen nichts. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen müssen sich auf ihr Kerngeschäft in der Stadt beschränken, statt anderswo zu spekulieren und dabei auch noch Dumpinglöhne hoffähig zu machen. Ich stimme dem Sozialverband Deutschland zu, der die Preiserhöhung als unsozial und durch nichts gerechtfertigt einstuft. Ich teile den Verdacht, dass sie im Grunde nur deswegen stattfindet, um die Linie U4 zu finanzieren.

Damit sind wir bei dem völlig überflüssigen Verkehrsvorhaben des Senats, dessen erste von zwei Tunnelröhren soeben in Teilen fertig gestellt wurde: die 2,8 km kurze Strecke zwischen dem Jungfernstieg und der Hafencity. Wir haben es mit einer Distanz zu tun, die locker in 20 Minuten zu Fuß zu bewältigen wäre und bereits jetzt von einer Buslinie abgedeckt wird. Dafür hat Hochbahn-Chef Günter Elste soeben mitgeteilt, dass der U-Bahn-Bau nunmehr Gesamtausgaben in Höhe von 323,6 Mio. (anstelle der ursprünglich geplanten 255 Mio. Euro) erfordern würde, plus einer »Risikovorsorge« von weiteren 13,7 Mio. Für den Senat sind solche Überziehungen bekanntlich kein Problem: egal ob die Elbphilharmonie inzwischen drei Mal so teuer kommt wie noch vor wenigen Jahren behauptet, egal, ob ein überdachter Gehweg von der U-Bahn-Station Baumwall zur Elbphilharmonie 12,2 Mio. kosten soll (nach aktueller Kalkulation...). Mir und der LINKEN, der ja gerne unterstellt wird, sie könne nicht mit Geld umgehen, ist das aber – zumal in Zeiten der anhaltenden Flaute im Stadtsäckel – durchaus nicht egal: Die U4 (und auch die anderen Leuchtturmprojekte) ist überflüssig, teuer und von den BürgerInnen in ihrer Mehrheit nicht gewollt!

Letztes Verkehrsprojekt des Senats: Stadtbahn. Gerade rechtzeitig und nicht zufällig vor den Verhandlungen zum Zusammenstreichen des Etats in Jesteburg ist sie von der BSU propagiert worden – als grünes Vorzeigeprojekt nach all den politischen Schlappen mit Moorburg, der Enteignung der KleingärtnerInnen im Rahmen der A1-Deckelung und der neuen Quasi-Autobahn quer durch Wilhelmsburg. Mit der so genannten Niederflurbahn soll in den Jahren 2012 bis 2020 ein neues Streckennetz von insgesamt 52 km entstehen. Die erste Bauphase (2012 bis 2014) mit insgesamt zwölf barrierefreien Stationen ist für die 7,7 km lange Strecke zwischen dem Bramfelder Dorfplatz und der U-Bahn-Haltestelle Kellnhusen vorgesehen (Gesamtfahrzeit 20 Minuten).

Niemand bestreitet, dass eine oberirdisch fahrende Stadtbahn Vorteile hat: Sie würde z.B. neue Querverbindungen schaffen und die Jahrzehnte lang vernachlässigten Großsiedlungen Steilshoop und den Osdorfer Born endlich an das Bahnnetz anschließen; auch energie- und damit klimapolitisch würde ein messbarer Fortschritt erreicht werden können.

Doch es ist schlicht der falsche Zeitpunkt, dieses Megaprojekt auf die Straße zu bringen. Weder liegt bis heute eine vernünftige Nutzeranalyse vor, noch ist die Stadtbahn nachprüfbar durchgerechnet. »Wir können noch keine zuverlässigen Zahlen liefern«, heißt es von Seiten Elstes lapidar, »für je einen Streckenkilometer sind 15 bis 20 Millionen Euro realistisch« (Hamburger Abendblatt vom 15.10.2009). Die Freie und Hansestadt Hamburg ist bis zum Jahre 2013 mit einem Steuerausfall von ca. sechs Mrd. Euro konfrontiert, der Senat wird in den kommenden Tagen kund tun, in welchen Bereichen er in den nächsten Jahren 600 Mio. effektiv einsparen will. Das wird mit massiven Einschränkungen des Sachmittelletats und der Streichung von geschätzten 4.000 Stellen einhergehen. Alleine die Bezirke sollen bis 2014 mindestens 118 Mio. Euro einsparen.

Ich mag mir gar nicht vorstellen, was das z.B. für die sozialen Dienste bedeuten wird, die in jüngster Zeit wegen einiger skandalöser »Fälle« um die Gefährdung des Kindeswohls aufgestockt worden sind und nun vermutlich ebenfalls von den Streichungsvarianten betroffen sein dürften. Es geht in der Stadt also um das sozial und kulturell Eingemachte. In dieser Situation halte ich eine Stadtbahn nicht für finanzierbar. Die Planungen könnten und sollten zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die öffentlichen Finanzen wieder deutlich mehr Spielräume aufweisen, erneut aufgegriffen werden. Bis dahin sollte das bestehende Busnetz verbessert werden (Gelenk- und Doppelgelenkbusse, mehr Sitzplätze, kürzere Taktzeiten etc.), zumal dies sehr zügig zu haben wäre.

Sportpolitische Eckpunkte

Ich habe gemeinsam mit Michael Joho im Auftrag der Bürgerchaftsfraktion Eckpunkte zur »Sportpolitik in Hamburg« vorgelegt. In der 24-seitigen Broschüre sind eine Einschätzung der gegenwärtigen sportpolitischen Landschaft und die programmatischen Grundgedanken und zentrale Forderungen einer linken Sportpolitik zusammengefasst.

Eher als Zwischenbilanz konzipiert, bietet sie Ansatzpunkte, um über eine alternative Sportpolitik nachzudenken. Außerdem soll sie natürlich eine Richtschnur bieten für die immer wieder auf Parlamentsebene anstehenden Fragen und Entscheidungen.

Neben einer Analyse des Ist-Zustandes und der Auflistung der grundsätzlichen Überlegungen und Forderungen für Hamburg drehen sich die einzelnen Kapitel um folgende Themen: Die vom Senat teuer erkauften sportlichen Großevents, die überflüssige Pferdedoppelrennbahn in Horn, den krisengeschüttelten Breiten- und Schulsport, das fragwürdige Modell der Kindersportschulen, den katastrophalen Zustand vie-

ler Sportstätten (z.B. der Lehrschwimmbäder) und ihre drohende weitere Privatisierung.

Die Broschüre ist ab sofort in den Bezirksbüros der Partei DIE LINKE und bei der Bürgerchaftsfraktion kostenlos zu erhalten. Wer es gar nicht abwarten kann, lädt sie sich im Netz über die Website der Linksfraktion herunter (www.linksfraktion-hamburg.de).



Gegen Gentrifizierung, für unser Recht auf Stadt



Das besetzte Vorwerkstift – eine der Aktionen der Recht-auf-Stadt-Initiativen

An verschiedensten Orten in Hamburg bricht sich seit einiger Zeit die Debatte um Tendenzen der Aufwertung und Verdrängung Bahn – häufig geführt unter den Stichworten »Gentrification« oder »Gentrifizierung«. Der Begriff kommt aus dem Englischen und meint Prozesse aus dem 18. Jahrhundert, als sich der britische Landadel (landed gentry) in die Städte aufmachte und dabei eine Welle der Grundstücksverteuerungen und eine damit einher gehende Verdrängung der angestammten Bevölkerung auslöste.

Vergleichbares erleben wir nun auch in der Metropole Hamburg. Dabei handelt es sich jedoch nur im Ausnahmefall um blaublütige VertreterInnen ihrer Klasse, sehr wohl aber um Menschen mit höherem Einkommen. Teilweise kommen sie aus dem grünen Speckgürtel Hamburgs, eine Gruppe von oftmals älteren BürgerInnen, die (nach dem Auszug der Kinder) die Vorteile des innerstädtischen Wohnens genießen wollen.

Teilweise handelt es sich aber auch um die im Rahmen des Konzepts »Wachsende Stadt« angeworbene überwiegend jüngere Klientel der Gut- und Bestverdienenden, der so genannten »Leistungsträger«, deren kulturorientierter »moderner« Lebensentwurf City- und Arbeitsplatznähe nahe legt. Diese Menschen ziehen nicht in Hochhaussiedlungen, sondern

in innerstädtische Quartiere, die mit attraktiven und in den 1980er und 90er Jahren mit Steuermitteln sanierten Altbauten locken. Damit werden die ehemaligen Sanierungsziele, die Wohnsituation der ansässigen Menschen zu verbessern, konterkariert. Viele der sanierten Häuser und Wohnungen werden nach dem Auslaufen der Bindungsfristen in Gänze verkauft bzw. in nochmals edelsanierte Eigentumswohnungen umgewandelt. Die HausbesitzerInnen lassen sich die durch öffentliche Mittel hergerichteten Wohnungen nach dem Auslaufen der Mietpreisbindungen von den MieterInnen teuer bezahlen. Beide Tendenzen bewirken, dass die langjährigen, mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen ausgestatteten Haushalte durch erheblich besser verdienende Schichten verdrängt werden.

Man muss sich nur einmal die Mietexplosion in den nahe der Elbe und rund um die Alster gelegenen Stadtteilen vor Augen führen (Veränderung der Mieten im September 2009 gegenüber 2005; zugrunde gelegt sind so genannte Referenz- oder Vergleichswohnungen mit 50 bis 80 qm, zwei bis vier Zimmern mit normaler Ausstattung; Daten laut F + B GmbH, Marktmietmonitor Hamburg, abgedruckt in der »Frankfurter Rundschau« vom 4.10.2009.):

In den bis vor einiger Zeit gefühlt »günstigeren« Vierteln:

- Eppendorf: 9,13 Euro/qm (+ 5,4%)
- St. Georg: 9,15 Euro/qm (+ 11,2%)
- St. Pauli: 9,33 Euro/qm (+ 27,7%)
- Altona-Altstadt: 9,34 Euro/qm (+ 12,2%)
- Ottensen: 9,54 Euro/qm (+ 12,2%)

In den nicht nur gefühlt seit längerem teureren Vierteln:

- Uhlenhorst: 9,58 Euro/qm (+ 9,4%)
- Winterhude: 10,06 Euro (+ 16,1%)
- Hoheluft-West: 10,45 Euro/qm (+ 16,3%)
- Harvestehude: 10,58 Euro/qm (+ 16,7%)
- Rotherbaum: 10,84 Euro/qm (+ 7,9%)

Den größten Sprung hat der Stadtteil St. Pauli mit seiner traditionell unterprivilegierten Wohnbevölkerung gemacht. Hier ist der Anteil der Sozialwohnungen in den letzten Jahren von 17,4 auf 15,3% zurückgegangen, der MigrantInnenanteil drastisch von 42,2% (1997) auf 27,1% (2007) gesunken. Kein Wunder also, dass sich gerade in St. Pauli und im Schanzenviertel der Widerstand gegen die Gentrifizierung am massivsten äußert, z.B. im Kampf gegen das geplante Bernhard-Nocht-Quartier (hier agiert die Initiative »No BNQ!«)

Ähnlich stellt sich die Situation in St. Georg dar, wo in den vergangenen zehn Jahren rund 400 günstige Mietwohnungen in teilweise superteure Eigentumswohnungen (bis zu 900.000 Euro) umgewandelt worden sind, nebst ca. 200 neu gebauten Eigentumswohnungen – und das bei insgesamt gerade einmal rund 5.000 Wohnungen! Wegen der höheren, eben auch teuer bezahlten Wohnansprüche der besser verdienenden Klientel ist die Bevölkerungszahl hier von 16.000 (1995) auf 10.000 (2008) gesunken. Der Hype der Verdrängung liegt in der Zeit um und nach dem Jahrhundertwechsel: 1999 standen 3.116 Fortzügen (einem Viertel der damaligen Bewohnerschaft!) lediglich 1.942 Zuzüge gegenüber.

Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, dass weder private Investoren noch die Stadt mit auch nur annähernd ausreichendem Wohnungsneubau reagierten haben. Obwohl der Bedarf an jährlich neu errichteten Wohnungen mit 6.000 bis 8.000 angegeben wird, sind beispielsweise 2007 gerade einmal 3.173 neu entstanden. Besonders groß ist der Bedarf an günstigen Wohnungen, aber auch die Angebote für bestimmte Gruppen (AusländerInnen, TransferleistungsbezieherInnen, Behinderte, Obdachlose) sind völlig unzureichend. Hier liegt die Hauptverantwortung bei der Stadt, die vorhandene Grundstücke in der jüngsten Vergangenheit nur noch nach Renditegesichtspunkten vergeben hat, aber auch beim öffentlichen Wohnungsunternehmen SAGA GWG, das den weit überwiegenden Teil der insgesamt verbliebenen 100.000 Sozialwohnungen im Besitz hat (Mitte der 1970er Jahre gab es noch 400.000, 1999 noch gut 150.000 Sozialwohnungen).

In dieser Entwicklung kommt die immer mehr auseinander klaffende Einkommensschere zum Ausdruck – als Ergebnis einer unsozialen Steuerpolitik, der Hartz-IV-Gesetzgebung und der umfassenden Privilegierung der Reichen in diesem Land und speziell in dieser Stadt. Gerade einmal 35 (5,58%) der 627 für das Jahr 2008 erfassten Einkommensmillionäre sind hinsichtlich ihres Steuergebarens überprüft worden!



Gegen die Aufwertung und Verdrängung haben sich im September 2009 rund 20 Initiativen vor allem aus den Stadtteilen St. Pauli, Sternschanze, St. Georg, Neustadt, Altona und Wilhelmsburg zusammengeschlossen. Mit der Parole »Recht auf Stadt« fordern sie, den Lebens- und Wohnraum für Zehntausende Ansässige und Gewerbetreibende zu erhalten. Wie tief die Wut und Empörung sitzen, musste selbst »Bild Hamburg« am 7.10.2009 konstatieren: In einem Artikel mit der Schlagzeile »Wann eskaliert die Dauer-Demo? In ganz Hamburg vernetzen sich linke Protestgruppen« wird die Problematik so zusammengefasst: »Zu wenig Raum, zu wenig Geld, zu wenig Anerkennung, zu viele Yuppies.«

Und der Widerstand ist breit. Die Besetzung der Altbauten im Gängenviertel ist nicht nur ein Kampf um den Erhalt der letzten historischen Bausubstanz in der Neustadt und die dauerhafte Unterbringung von 100 bis 200 KünstlerInnen, er ist auch ein Fanal gegen die Aufschickung und die Verdrängung der Menschen mit wenig Geld aus der gesamten Innenstadt. Auch die Protestbewegung der WilhelmsburgerInnen gegen die negativen Auswirkungen des vom grün-schwarzen Senat betriebenen »Sprungs über die Elbe«, der für 2013 geplanten Internationalen Gartenschau und Internationalen Bauausstellung sowie gegen eine neue De-Facto-Autobahntrasse ist ein Kampf gegen die Her- und Zurichtung der Elbinsel für die Leuchtturmpolitik des Senats und den Zustrom von Touristenmassen und so genannten Gentrifiern. Das Recht auf (ihre) Stadt wollen all die beteiligten Gruppen mit einer großen »Parade« im Dezember 2009 oder Januar 2010 sicht- und hörbar auf die Straße tragen.

Auch DIE LINKE wird sich an dieser Auseinandersetzung beteiligen. Um weitere Daten zur »Gentrifizierung« zusammenzutragen, wird die Linksfraktion eine Große Anfrage einbringen und das Thema zum Gegenstand der Beratungen in der Bürgerschaft machen. Es wird dabei zentral um die Frage gehen, welche Rolle der Senat bei der Aufschickung der Quartiere spielt, vor allem aber auch darum, was im Interesse einer sozialen Stadt unternommen werden muss, die Lebens- und Wohnrechte Zehntausender Menschen zu sichern. Es wird darum gehen, mehr sozialen Wohnungsbau zu schaffen und auch über einen Mieten- und Umwandlungsstopp nachzudenken, flächendeckend soziale Erhaltungssatzungen zu thematisieren und über den Mieterschutz kleiner Gewerbetreibender zu beraten. Es geht um unser Recht auf Stadt!

Kulturtipp: »Das Blaue Wunder«



Die Berliner Compagnie führt »Das Blaue Wunder« auf

Ich weise diesmal auf eine Veranstaltung hin, die dem Thema Privatisierung des Wassers gewidmet ist. Nicht nur in Ländern der so genannten Dritten Welt, auch in ersten europäischen Metropolen können die Menschen ein Lied davon singen, was es bedeutet, wenn die Trinkwasserversorgung von öffentlichen in private, an Renditegesichtspunkten orientierte Hände übergeht: Preiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen, Entlassungen! Die St. Georger Geschichtswerkstatt hat in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ver.di die »Berliner Compagnie« eingeladen, am **Dienstag, den 10. November, um 20 Uhr im Gymnasium Klosterschule** (Westphalensweg 7, nahe der U-Bahn-Station Berliner Tor), das Theaterstück »Das Blaue Wunder« aufzuführen. Die sechsköpfige Theatertruppe zeigt, wie der »Wasserkrieg von Cocha-

bamba« in Bolivien 2000 gelaufen ist. Nach Tariferhöhungen von bis zu 300%, der Enteignung der bäuerlichen Brunnen und dem Ansinnen, selbst für aufgefangenes Regenwasser an den Bechtel-Konzern zu zahlen, ging die Bevölkerung auf die Barrikaden. Vier Monate lang tobte der Kampf – erfolgreich! Am Ende verließen etliche Manager fluchtartig das Land und das Wasser ging wieder an die öffentliche Hand zurück. »Mit dieser Handlung verbinden wir«, so das Ensemble in seiner Ankündigung, »andere Schauplätze des Kampfes: Berlin, aber auch Hamburg, Münster, Beilrode-Arzberg, London, Jakarta, Manila u.a.«. Der Eintritt zu diesem »Stück über die aufhaltende Privatisierung des Wassers« kostet 12 Euro, ermäßigt 8 Euro. Mehr Infos zu der Theatergruppe und dem Stück unter www.berlinercompagnie.de/das_blaue_wunder.htm

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**